



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Inseratengebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1 1/2 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 306. Mittags-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 3. Juli 1868.

Deutschland.

Berlin, 2. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem königlich belgischen General-Major Simons, directeur du dépôt de la guerre im belgischen Kriegsministerium, den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern, dem Appellationsgerichts-Vize-Präsidenten Weber zu Hamm den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse, dem königlich sächsischen Major Winkler, Abteilungs-Chef im Kriegs-Ministerium, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, dem Armen-Vorsteher George Wilhelm Sieke zu Königsberg i. Pr. und dem Holzhändler Bernhard Pollat jun. zu Wien den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, dem bisherigen Kirchen-Vorsteher und Kirchenassistenten, Glasmeister Carl Gottlob Schmidt zu Dobruška im Kreise Ladau, und dem pensionirten Aufwärter Johann Gottfried Schirmer, ehemals beim Cabinetshaus zu Potsdam, sowie dem königlich sächsischen Gouvernements-Secretair Carl Hermann Lohse zu Dresden das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Kassirer Unterberger bei der Regierungskasse in Potsdam bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als Rechnungs-Rath; sowie dem Kreisgerichts-Secretair Kieper in Neu-Ruppin den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen; und den besoldeten Stadtrath und Syndikus Thomale auf die von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffene Wiederwahl, als unbesoldeten Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) der Stadt Elbing für eine fernerweitete sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Das dem Herrn Clemens Wagener zu Hörde unter dem 20. März 1867 ertheilte Patent auf eine Maschine zum Verladen von Kohlen und Erzaufwerk wird hierdurch aufgehoben.

Das dem Mechaniker L. Schäfer zu Wertheim in Baden unter dem 5. April 1867 ertheilte Patent auf eine Maschine zum Anfertigen von Sensen, ist aufgehoben worden.

Berlin, 2. Juli. [Se. Majestät der König.] nahmen gestern auf Schloß Babelsberg Rapporte und militärische Meldungen entgegen, empfingen den herzoglich meiningischen Kammerherrn von Villencron und die Minister Graf von Tzenpflitz und von Mähler. Später erfolgte der Vortrag des Civil-Cabinetts. (St.-Anz.)

Berlin, 2. Juli. [Die Flottenstation in Limon. — Das Nothgewerbegeß. — Ministerielles. — Süddeutsche Reifgesellschaft.] Durch die Presse geht eine zunächst der „New-Yorker Handelszeitung“ gemachte Mittheilung, nach welcher der Präsident von Costa-Rica an den preussischen Consul in San José ein Schreiben gerichtet hat, in welchem derselbe den Antrag Preußens, die Bay von Limon als Marinestation zu erwerben, ablehnt. Man muß dem New-Yorker Blatt die Verantwortung für die Richtigkeit der Nachricht überlassen, indes stimmt dieselbe nicht mit der Auffassung überein, welche man hier von der Sendung des Capitains Kierling hat. Darnach wäre es nur seine Aufgabe, zu prüfen, wo und ob überhaupt die deutsche Handelsmarine einen Schutz in den dortigen Gewässern bedürfe, die Häfen zu suchen, welche für den Verkehr geeignet sind und überall maritime Studien zu machen. Die Errichtung einer Marine-Station wäre doch wohl Sache des norddeutschen Bundes, und da dessen Organe sich mit jener Angelegenheit nicht befassen, so ist nicht abzusehen, wer den Antrag gestellt haben sollte, die Bay von Limon zu kaufen. — Die neulich gemachte Mittheilung, daß die Nachricht von einem lebhaften Widerstande, den das Noth-Gewerbegeß innerhalb der preussischen Regierung gefunden haben solle, unrichtig sei, findet heute ihre Bestätigung. Das preussische Staatsministerium hat sich nämlich für die Verantwortung des Gesetzes im Bundesrath entschieden. — Heute hält das Staatsministerium eine Sitzung und morgen wird der Cabinetrath, von dem die „Provinz-Corresp.“ gestern sprach, abgehalten werden. — Der Cultusminister hat seine Reise nach Hannover gestern Abend angetreten und ist von hier zunächst nach Göttingen gefahren, um sich von den Verhältnissen der dortigen Universität näher zu unterrichten. Von da geht er nach der Stadt Hannover, wo er an den Sitzungen des Landesconstitutionsraths, der Provinzial-Constitorien und der Provinzial-Schulcollegien theilnehmen und die dortigen wissenschaftlichen Anstalten und Kunstsammlungen besichtigen wird. — Einer Reifgesellschaft aus Süddeutschland, welche Norddeutschland und speciell den Rieker Hasen zu besuchen beabsichtigt, ist auf das Gefuch, die dortige Kriegsmarine besichtigen zu dürfen, erwidert worden, daß ihrem Vorhaben die thunlichste Berücksichtigung von Seiten der Bundesmarine zu Theil werden solle.

[Finanzvorschlüge des Magistrats.] Die „Spenerische Ztg.“ theilt jetzt die Vorlage des Magistrats mit, betreffend die hauptstädtliche Finanzfrage. Der Magistrat resumirt zuerst in diesem Schreiben die Beschlüsse der gemischten Deputation etwas ausführlicher, als wir sie gegeben. Darnach hat sich diese Deputation dahin entschieden:

- 1) Hinsichtlich der Wahl- und Schlichtsteuer, daß die Commune sich für deren Aufhebung zu erklären habe, jedoch mit der Mahgabe, daß dieselbe nicht vor dem 1. Januar 1870 stattfinden; 2) daß von der Einführung einer Gemeinde-Einkommensteuer nach dem von der betreffenden Subcommission vorgeschlagenen und mit den in dem Protokoll vom 22. Juni c. vorgeschlagenen Abänderungen, event. zu empfehlenden Regulativ-Entwürfen Abstand zu nehmen; 3) daß die Einführung einer sog. Polizei-Reliquiensteuer nicht zu befürworten; 4) daß die Haussteuer, wie sie gegenwärtig besteht, beizubehalten, insbesondere von ihrer Umwandlung in einen Zuschlag zur Staatsgrund- und Gebäudesteuer abzusehen, daß ferner zur Beschaffung der vom Jahre 1869 ab der Stadthauptkasse dauernd zuzuführenden Mehreinnahmen; 5) a, die Reinerträge der städtischen Gasanstalten, wie für das Jahr 1868 auch für die folgenden Jahre der Stadthauptkasse zu überweisen, bei der Berechnung des Reinertrages jedoch zunächst die Zinsen mit 5% von dem aus den bisherigen Ueberschüssen angesammelten Capital anzusetzen und besonders dahin abzuführen; b, zur Ausführung der in den nächsten Jahren erforderlichen Erweiterungsarbeiten, so an den städtischen Gasanstalten, sowie zur Tilgung der auf den Anstalten haftenden Hypothekenschulden von 520,000 Thlrn. die Aufnahme einer neuen Obligationsschuld in Höhe von 2 Millionen Thalern mit der Mahgabe zu empfehlen, daß eine jährliche Amortisation von 2 pCt. festgehalten werde, 6) daß zur Deduktion des weiteren Deficits für das Jahr 1869 ein alleiniger Zuschlag zum Nettoertrage der Staats-Einkommensteuer (b. h. abzüglich der Wahl- und Schlichtsteuer-Contribution) jedoch nur bis auf Höhe von 50 pCt. zu empfehlen, wobei die definitive Festsetzung des zu erhebenden Procentfußes einem späteren besonderen Beschlusse, event. bei Gelegenheit der Etatsfeststellung pr. 1869 vorzubehalten sei.

Ueber das Befinden des preussischen Botschafters in Paris wird von dort gemeldet: „Graf v. d. Goltz befindet sich, seitdem er der neuen Behandlung des Dr. Smitt folgt, in erheblicher Besserung. Die Schmerzen sind bedeutend gemildert, die Geschwulst der Mandeln hat abgenommen, und der Kranke ist bereits im Stande, seine Promenaden wieder aufzunehmen.“

[Die württembergischen Cavallerie-Offiziere,] welche zur Erlernung des preussischen Exercier-Reglements zu Regimentern der hiesigen Garnison commandirt waren, haben gestern Berlin wieder verlassen. Sie wurden von einer großen Anzahl preussischer Offiziere zum Bahnhof begleitet, wo gegenseitig eine herzliche Verabschiedung stattfand.

[Mord.] Leider hat die Presse schon wieder ein blutiges Verbrechen von hier zu melden. Der Stud. juris Gutier hat am 2ten früh Morgens seine Braut durch einen Schuß in die Brust unterhalb

des Herzens tödtlich verwundet, so daß, obgleich sie noch zur Zeit, wo wir dies schreiben, nicht verschieden ist, ihr Tod doch jeden Augenblick zu erwarten steht. Die schreckliche That geschah in dem Unter den Linden befindlichen Landhaus-Hotel; sofort nach Verübung derselben hat der Verbrecher sich selbst der Polizei gestellt.

[Proceß gegen Daubig.] Vor dem 1. Criminalsenat des königlichen Obertribunals wurde am 1. d. M. in der Anklagekammer wider den Apotheker, Liqueurfabrikanten Daubig verhandelt, der bekanntlich aus § 345 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs, wegen Anfertigung resp. Verkaufs des Daubig-Liqueurs (nicht zu verwechseln mit dem gegenwärtig von demselben fabricirten Magenbitter) zu 50 Thaler Geldbuße und Unterjagung der Ausübung des Gewerbebetriebes verurtheilt war. Nach Anbringung des Verteidigers des Impuloranten Rechtsanwält Medt und des Vertreters der Generalstaats-Anwaltschaft Oberstaatsamm. Drehtmann, der in Uebereinstimmung mit dem Vertheid. die Unterjagung der Befugniß zum Gewerbebetriebe als Piqueurfabr. für gesetzlich nicht gerechtfertigt erachtete, hat der Gerichtshof diesen Theil des Erkenntnisses vernichtet und selbstständig dahin erkannt, daß dem Impuloranten diese Befugniß nicht abzuspochen sei. In Betreff der übrigen Punkte wurde die Richtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen.

Amsterd., 2. Juli. [Arbeiter-Gruch.] Nachrichten aus Lügen vom 28. Juni melden von Arbeiterercessen im Flecken Widminnen (Kreis Lügen), die unter den beim Bau der Südbahn beschäftigten Arbeitern stattgefunden haben. Nur militärisches Einschreiten — von Seiten der Lögner Garnison — rettete den dort stationirten Gensdarm aus Lebensgefahr. Am 29. Juni war die Ruhe wieder hergestellt.

Altona, 2. Juli. [Der König.] Der „Altonaer Merkur“ meldet officiell, daß Se. Majestät in der nächsten Woche Hamburg, Altona, Kiel und Schleswig besuchen werde. Die Reise nach Gms ist vertagt.

Altona, 30. Juni. [Ein amerikanisches Geschwader.] Gestern langte eine nordamerikanische Kriegs-Corvette von 6 Kanonen und mit starker Bemannung auf der Elbe an und ging bei Neumühlen vor Anker. Drei andere Kriegsschiffe, eine Corvette und zwei Kanonenboote, werden noch erwartet. Das Geschwader soll zu einer Uebungsfahrt ausgelaufen sein.

Nachen, 30. Juni. [Der Proceß.] gegen Frhen. v. Hilgers, Landrath zu Jülich, welcher in Folge einer Denunciation wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Ministerpräsidenten angeklagt ist, hat heute vor dem hiesigen Zuchtpolizeigericht unter ungeheurem Zudrange des Publikums begonnen. Als Zeugen sind auch mehrere Bürgermeister des Kreises geladen. (E. Z.)

Biesbaden, 2. Juli. [Dementi.] Die von mehreren Journalen mitgetheilte Nachricht von einer am 4. d. M. hieselbst stattfindenden Konferenz der in Deutschland anwesenden diplomatischen Agenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird von gut unterrichteter Seite als unbegründet bezeichnet. Weder hier noch in Frankfurt wird eine officiële Feier beabsichtigt. In Stuttgart wird von den dort und in Cannstadt wohnenden Amerikanern ein Festdiner und Ball im Saale des Kiedertranzes stattfinden.

Worms, 28. Juni. [Zum Luther-Denkmal.] Der Bürgermeister Brück veröffentlicht nachstehendes ihm zugekommenes Schreiben: „Ich wünsche bei Gelegenheit der so viel bedeutenden Enthüllungsfest des Lutherdenkmals zu Worms in dieser Stadt ein Erinnerungszeichen zu stiften, das für dieselbe von besonderem Interesse sein wird. Es ist die Abschrift zweier Documente, welche sich in den Archiven der Erbköniglichen Linie Sachsen zu Weimar befinden und von welchen das erste eine Niederschrift Luther's über seinen Aufenthalt in Worms, das zweite der Bericht des kurfürstlich sächsischen Gesandten an den Herzog Johann den Beständigen von Sachsen über die Ankunft Luther's in Worms ist. Es sei diese Gabe der Bedeutung des Festes als ein Blatt der Erinnerung für jene wie diese Zeit angereicht. Worms, den 25. Juni 1868. Karl Alexander, Großherzog von Sachsen.“

Die Abschriften der beiden Urkunden sind Herrn Brück bereits übergeben und sollen demnächst in besonderem Abdruck veröffentlicht werden.

München, 29. Juni. [Richard Wagner. — Der Südbund. — Chorinsky.] Richard Wagner ist alsbald nach der ersten Vorstellung seiner „Meisterfinger“ nach Luzern zurückgekehrt. Man erzählt allgemein, der von dem hiesigen Adel sehr übel vermerkte und dem Könige sehr dringend vorgestellte Umstand, daß sich Wagner aus der Hofloge heraus, wenn auch erst nach Entfernung des Königs, für den Beifall des Publikums verniegt hat, sei der Grund, warum er wieder so bald Urlaub bekam. Da wir auch geschlossene musikalische Parteien haben und der einen ein ganz besonderes Gewicht beizulegen ist, darf man die desfallsigen Ereignisse nicht ganz unbeachtet lassen. — Lassen Sie sich durch das Geplänkel der Correspondenz Hofmann in Sachen des Südbundes nicht irre machen. Hier wenigstens glaubte man das Ganze um so mehr ignoriren zu können, als sie den zweifellosen Schwerpunkt der hohenlohe'schen Rede vom 8. October v. J. offenbar ganz falsch auffaßte, daher ganz unmöglich officiell sprechen konnte. Die Erlanger Correspondenz hat übrigens jüngst jenen verunglückten Artikel ebenso kurz und unüberleglich abgefertigt. — Der Militärstrafgesetzentwurf soll in diesen Tagen zur Sanction des Königs und Mitte Juli an den einberufenen werdenden speciellen Kammerauschuß gelangen. — Chorinsky hat nach seiner Verurtheilung den Besuch seiner Tante Gräfin Stomm nur dann anzunehmen erklärt, wenn der Präsident auch der Gottovich, einer seiner früheren Geliebten, den Besuch gestattete, was sodann auch geschehen ist. (N.-Z.)

München, 29. Juni. [Gustav Chorinsky.] Gustav Chorinsky hat gestern an seinen Vertheidiger, Herrn Dr. v. Schaup, einen langen Brief geschrieben, worin er ihm für seine Vertheidigung dankt. Unter anderem Bemerkenswerthen heist es darin: „(Er (Schreiber) bedauert jetzt mehr als je, daß er nicht mit Glüdgutern gekannt sei, und es bleibe ihm kein anderes Mittel, Herrn v. Schaup seine Dankbarkeit zu bezeugen, als indem er ihm hiermit die Brüderlichkeit, „Schmollis“, anbietet.“

Charakteristisch für die Art, wie Chorinsky seine Lage auffaßt und wie wenig er noch bis jetzt dem Ernst derselben gewürdigt hat, ist eine Aeußerung, die er knapp nach seiner Verurtheilung gemacht hat. Er fragte seinen Vertheidiger, ob denn noch kein Begnadigungsgefuß für ihn eingelaufen sei. Und als dieser die Frage verneinte, ließ Chorinsky an den österreichischen Gesandten in München, Grafen Trauttmansdorff, die Aufforderung richten, sich bei dem Könige für seine Begnadigung zu verwenden, denn „das lasse er ihm sagen, in Passau werde er es nicht lange abwarten.“ Selbstverständlich hat der österreichische Gesandte jede Intervention abgelehnt.

Stuttgart, 28. Juni. [Preßproceß.] Gestern fand das officiële Schlußverfahren in dem Preßproceß statt, den der Rechtsconsulent Sigmund Schott hier gegen den Redacteur der „Schwäb. Volksztg.“, Dr. Wilhelm Jensen, erhoben hat. Der Fall führt in die Bewegung zurück, welche durch die Zollparlamentwahlen veranlaßt wurde. Herr Schott hatte in einer Wählerversammlung die Behauptung aufgestellt,

im preussischen Heere bestünde die Prügelstrafe noch. Dies veranlaßte den Beklagten, Herrn Schott zu beschuldigen, daß er durch unwahre Behauptungen eine läbliche Verammlung gegen Preußen zu fanatisiren gesucht und dadurch seinen Charakter als Mann und Rechtsgelehrter bloßgestellt habe. In der Verhandlung ergab sich, daß zwar schon am 6. Mai 1848 die Prügelstrafe bei der preussischen Armee als gerichtliche Strafe abgeschafft wurde, daß sie aber als Disciplinarstrafe, jedoch nur gegen Gemeine zweiter Klasse, die auf andere Weise nicht in Ordnung zu halten sind, angewendet werden dürfe, endlich, daß diese Ausnahme seit September v. J. auf die Zeitdauer eines Ausmarsches beschränkt ist. Das Erkenntniß verurtheilt den Beklagten wegen in fortgesetzter Handlung mittelst der Presse verübter Ehrenkränkung zu vier Tagen Festungsstrafe, 25 Gulden Geldbuße und in die Kosten des Verfahrens.

Stuttgart, 2. Juli. [Der amerikanische Gesandte Bancroft] ist behufs Unterhandlungen über Abschluß eines Staatsangehörigkeits-Vertrages zwischen Württemberg und den Vereinigten Staaten von Nordamerika hier eingetroffen; derselbe wohnt in Cannstadt. Die neue Gerichtsverfassung sowie die Civil- und Strafproceßordnung treten mit dem 1. Februar 1869 in Wirksamkeit.

Deserreich.

Wien, 1. Juli. [Protest des Gemeinderaths gegen die päpstliche Allocution.] Der Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Felder eröffnete die Sitzung und es wurde vom Schriftführer Ed. Uhl bemerkt, daß zwei der Wesenheit nach identische Dringlichkeitsanträge eingebracht wurden.

Der eine ist vom Gemeinderath Joseph Huber, der andere vom Gemeinderath Dr. Hoffer. Der erstere lautet:

„In der durch die Journale veröffentlichten Allocution Pius' IX. gegen Deserreich werden die am 21. December v. J. und am 25. Mai d. J. erlassenen Gesetze, welche von dem hohen Reichsrathe in Uebereinstimmung mit der Regierung Er. Majestät vorgelegt, die a. b. Sanction erhielten, als verwerflich und verdammenstwerth bezeichnet und als ungültig und nichtig erklärt. Ja es werden sogar die Bischöfe aufgefordert, alle Mittel in Anwendung zu bringen, um die Durchführung dieser Gesetze zu hindern.“

„Ein so feindliches Vorgehen einer fremden Macht gegen eine freie constitutionelle Regierung eines Großstaats, welche das vollste Vertrauen des Volks hinter sich hat, kann und darf nicht geduldet werden, und es ist die heiligste Pflicht der Volksvertretung, gegen ein so unwürdiges und Bürgerkriege aufreizendes Streben öffentl. Protest zu erheben und der Regierung die Versicherung zu geben, daß dieselbe bei der Durchführung der benannten Gesetze auf die ganze Unterstützung des Volkes rechnen kann.“

„Da nun in diesem Momente weder die Reichs- noch die Landesvertretung verammelt ist, so ist es die Aufgabe des Gemeinderaths der ersten Stadt des Reichs durch eine Resolution auszusprechen:

„Daß der Gemeinderath der Reichshauptstadt Wien gegen die verlegenden Aeußerungen, welche in der am 22. Juni d. J. in Rom gehaltenen Allocution gegen Deserreich ausgesprochen wurden, feierl. Protest erhebe! daß derselbe die Regierung bei der Durchführung der confessionellen Gesetze mit aller Macht unterstütze, und daß die Regierung das vollste Vertrauen des Gemeinderaths besitze.“

Der zweite hat einen ähnlichen Anhalt. Der Präsident stellt die Anfrage, ob die Dringlichkeit anerkannt wird? Ginevanden! hieß es.

Dr. Felder: Jetzt entsteht die Frage, ob die Antragsteller wünschen, daß die beiden Dringlichkeitsanträge separat oder vereint behandelt werden sollen. Die Antragsteller erklären sich für die gemeinschaftliche Behandlung.

Wir werden daher zur Specialdebatte schreiten. (Einverstanden!) Vater Gatscher meldet sich zum Wort und nachdem er die betreffende Angelegenheit, die nur zwischen Kirche und Staat handelt, als eine von der größten Wichtigkeit bezeichnet, von der weitgehendsten Bedeutung, hält er es nicht für gerathen, hier darüber zu urtheilen, nachdem sie gar nicht in die Competenz des Gemeinderaths gehört. Er beantragt deshalb Uebergang zur Tagesordnung.

Der Antrag wird mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt. Joseph Huber und Dr. Hoffer verzichten auf das Wort.

Stendel hingegen betont es, daß die große Majorität der Bevölkerung gegen diese Allocution stimmt, die bald von der Welt gerichtet werden wird. Man möge in einer wohlmotivirten Adresse an das Ministerium das Hauptgewicht darauf legen, daß man sich durch solche Kundgebungen nicht beirren lassen möge und daß Se. Majestät auf keinem anderen als auf dem constitutionellen Wege fortgehe.

P. Gatscher spricht jetzt zum Gemüthe der Versammlung, er erinnert dieselbe, daß nicht das Oberhaupt eines Staats, sondern der katholischen Kirche gesprochen habe, dessen Würde, Tugenden, Güte und Gebuld, dessen Wohlwollen gegen Veleidiger man alle Achtung zollen müsse.

Es wurde abgestimmt und die ganze Versammlung, mit Ausnahme der P. Gatscher und P. Seperleil erhob sich für die Dringlichkeitsanträge.

Frankreich.

Strasbourg, 28. Juni. [Ueber die Aufnahme der deutschen Gäste bei dem hiesigen Schützenfest] schreibt man von hier dem „Schwäb. Merkur“ Folgendes: „Der Strassburger Schützen-Verein, welcher erst seit neun Monaten besteht, hat für den 27., 28. und 29. d. M. ein Schützenfest veranstaltet, wozu er die Vereine der benachbarten Bezirke und Departements, sowie deutsche Schützen eingeladen hat. Es scheint, daß der Verein, welcher sich geweiht hat, in die mobile Nationalgarde einzutreten, nicht auf sehr gutem Fuß mit der hiesigen Militär-Bevörde steht, da dieselbe ihr die Mitwirkung der Militärmusik abgeschlagen hat. Der französische Schützenverein wandte sich also an ein deutsches Musikcorps, und in der That zog diesen Morgen die Musik eines badischen Regiments von Rastatt mit mehreren Schützen aus dem Großherzogthum in die Hauptstadt des Elsaßes ein, während die Eisenbahnen andere aus den verschiedenen Theilen des Departements herbeiführten. Um 1 Uhr verabreichte der Maire den Gästen vor der Mairie den Ehrenwein, während die badische Musik auf dem Broglie-Platz inmitten einer zahlreichen Menschenmenge spielte, welche ihr wohlverdienten Beifall zollte. Der Maire hielt folgende Ansprache:

„Im Namen der Stadt Strassburg habe ich die Ehre, Sie willkommen zu heißen. Mit lebhafter Befriedigung sehen wir diese Uebungen mit der Wache wieder entstehen, woran unsere Väter so viel Vergnügen hatten und die so kostbare Bande unter ihnen knüpfen. Wir fühlen uns also glücklich, hier die würdigen Vertreter der Freigrafschaft Burgund, Lothringens und des Elsaßes, dieser energischen und patriotischen Bevölkerungen, welche von den Vögeln zum Jura die Wälder des Vaterlandes sind, zu begrüßen. Und Ihr, theure Nachbarn, Kinder Deutschlands, dieses Landes der Freischützen, dieses klassischen Bodens der guten Schüsse, fünfzig Jahre des Friedens haben die Bande befestigt, welche Eure Anwesenheit hier noch enger knüpft, nehmet Theil an diesen friedlichen Kämpfen. Wir wollen Euren Beifall, denn zwischen uns bestehen keine anderen schwarzen Punkte, als die unserer Zielscheiben, die ihr mit gewohnter Geschicklichkeit treffen werdet. Also, werthe Gäste, werthe Mitbrüder im heiligen Hubertus, habe ich die Ehre, Ihnen den herkömmlichen Ehrenwein zu bieten und Sie willkommen zu heißen.“

Hr. v. Cornberg, Vorstand des Karlsruher Schützenvereins, antwortete und drückte in warmen Worten seinen und seiner Landesleute herzlichsten Dank für den ihm bereiteten Empfang aus. Nach Verabschiedung des Ehrenweins zog man mit klingendem Spiel nach der Schießstätte auf der Rheininsel, wo der Concurß begann. Werthvolle

